

Die „Volksstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
P. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Carl Sankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von S. Arnoldt,
Magdeburg.
Einsprech. Anschlag
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Vierteljähr. inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgeld,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeilungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 17. Magdeburg, Sonntag, den 20. Januar 1895. 6. Jahrgang.

Felix Faure.

Frankreich hat seinen Präsidenten und was für einen! Als Kandidaten des die Würde und Bürde Frankreichs zu übernehmenden Präsidenten kamen ernsthaft nur drei Kandidaten in Frage: Brisson, Waldeck-Roussieu und Faure. In Versailles herrschte am Donnerstag ein reges Treiben: mit den Deputierten und Senatoren war auch viel Volk von Paris nach Versailles gefahren, dem sich die Versailler angeschlossen, sodas Truppen die Ordnung aufrecht erhalten mußten. Etwa 840 Kongreßmitglieder nahmen an dem Wahlakt teil, welcher sich anfangs ruhig und ohne Zwischenfall vollzog. Das Resultat des ersten Wahlganges war folgendes: Waldeck-Roussieu 184 Stimmen, Brisson 348 Stimmen, Faure 244 Stimmen. Abgegeben wurden zusammen 794 Stimmen. Da der erste Wahlgang keine Entscheidung gebracht, war ein zweiter Wahlgang erforderlich. Waldeck-Roussieu erklärte zu Gunsten Faures zurücktreten zu wollen — zur engeren Wahl standen demnach Brisson und Faure. Nach Beendigung des zweiten Wahlganges verkündete der Präsident der Nationalversammlung, Challemel-Lacour, folgendes Resultat: Brisson 363, Faure 435 Stimmen, sonach gewählt Faure.

Wer ist Faure?

Faure war noch vor 30 Jahren ein armer Schreiber in einer Gerberei, der sich aus „eigener Kraft“ und „unermüdlichem Fleiß“ im Laufe der Jahre zu einem der Armateure der großen Seestadt Havre und zum Präsidenten der Handelskammer dieses großen Handelsplatzes emporgeschwungen. Faure, obwohl seit einigen Jahren Mitglied der französischen Deputiertenkammer, ist ein in den weitesten Kreisen kaum bekannter Republikaner. Er war Vizepräsident der Kammer und Unterstaatssekretär der Kolonien. Vor seinem Eintritt in das Kabinett Dupuy hatte er dem Marine-Untersuchungsausschuß angehört, der damit beauftragt war, die mannigfachen Schäden, die sich in der französischen Kriegsslotte herausgestellt, nachdem sie durch eine mutige journalistische Kampagne vor aller Welt ans Licht gezogen worden waren, ohne Ansehen der Person zu rügen und, so weit es in der Macht einer parlamentarischen Kommission liegt, zu bessern. In dieser Kommission kamen Herrn Faure die Kenntnisse trefflich zu statten, die er sich als einer der bedeutendsten Schiffsbauer von Havre in Marineangelegenheiten erworben. Und so geschah es, daß zum Verrger aller in der Flotte groß gewordenen Vize- und Kontre-Admirale abermals ein „Zivilmarine-minister“ mit der Leitung der maritimen Angelegenheiten in Frankreich betraut wurde. Für die auswärtige Politik ist Felix Faure ein unbeschriebenes Blatt.

Nach Verkündung des Wahlergebnisses demonstrierten lebhaft die Sozialisten: Nieder mit Faure, hoch Brisson! Für den letzteren hatten als das kleinere Uebel die Sozialisten gestimmt. Die Ovation für Brisson währte mehrere Minuten und nur langsam ging die Versammlung auseinander. Eine tausendköpfige Menge erwartete die Deputierten und den neuen Präsidenten — nur wenige Stimmen wurden zu Gunsten seiner laut. Mächtiger und anhaltender ertönte dagegen der Ruf „Hoch Brisson!“, der in den weitesten Kreisen des Volkes äußerst populär ist.

Das Volk von Paris, welches vor dem Bahnhof den Präsidenten erwartete, war nach Aussage aller Augenzeugen entschieden feindselig gestimmt. Als Faure erschien, rief man: „Wir wollen ihn nicht! Nieder mit den Verkaufsten! Hoch Brisson!“

Das erste Blatt, das die Präsidentenwahl bespricht, der Soir, sagt, es werde dies eine korrekte Präsidentschaft sein, aber nicht stark genug gegenüber dem Sozialismus.

Wie das Berliner Tageblatt schreibt, hat in Frankreich in den letzten Jahren der Radikalismus Fortschritte gemacht. Carnot hatte einst erklärt, daß er die Wahl nur annehmen würde, wenn sich mindestens 500 Stimmen zu seinen Gunsten aussprächen. Er war schließlich mit 616 Stimmen gewählt worden. Casimir-Perier begnügte sich mit 451 Stimmen, und nach sieben Monaten desertierte er von dem Posten, der ihm für sieben Jahre anvertraut gewesen. Faure wurde mit 435 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 72 Stimmen gewählt. Und die Frage drängt sich auf, schreibt das vorstehend zitierte Blatt: Wie lange wird er sich vor der stetig wachsenden Hochflut der mit dem Radikalismus verbündeten Sozialdemokratie zu halten vermögen?

Ja wie lange! —

Die Sozialisten protestierten gegen die Wahl Faures.

In der Nationalversammlung sagte der Sozialist Viviani: „Zwei Deputierte (Mirman und Gerauld-

Richard, D. Red.), gesetzlich gewählt, sind aus der Versammlung ausgeschlossen worden; im Namen beider und ihrer Wähler protestiere ich. Wir haben Schritte gethan, daß ihnen erlaubt werde, ihr Recht hier auszuüben. Mirman hat sich an den Kriegsminister gewendet, aber dieser, der heute Reservoffiziere heurlaubt hat, verweigert ihm die Erlaubnis. Im Namen der beiden Deputierten, im Namen der Partei, im Namen der Wähler protestiere ich gegen die Wahl.“

Ein offenes Geständnis.

Die bösen Geschwüre, die sich an der bürgerlichen Republik (Frankreich) vor aller Augen enthielten, haben nicht wenig dazu beigetragen, die Reihen der Sozialdemokraten zu füllen. Die Magdeburgische Zeitung, der wir diese recht beachtenswerte Aeußerung entnehmen, hätte hinzufügen sollen, daß diese „bösen Geschwüre“ einzig und allein von den Sozialdemokraten enthielt, und ob dieser That vier Sozialisten gemahngelt wurden. Das paßt natürlich dem Blatte nicht in den Kram; es wirft die Frage auf, ob der neue Präsident mehr als ein bloßer Plakhalter sein wird, der den Wagemut besitzt, den zerfahrenen Zuständen ein Ende zu machen. Im Schoße der Zukunft soll auch verborgen liegen, ob ein Cäsar in Frankreich aus den „blutigen Wirren“, die in Aussicht zu sein scheinen, hervorgehen und für die innern Unruhen wieder ein Ableitungsmittel in einem äußeren Kriege suchen wird. Uns will scheinen, daß die Magdeburgische Zeitung in echt und schlechter chauvinistischer Weise ein Ableitungsmittel sucht, das deutsche Volk von den Vorgängen im eigenen Lande abzulenken, woselbst man zur Stunde bemüht ist, eine Partei zu knebeln, deren Reihen sich durch Entfällung der bösen Geschwüre an dem von der Magdeburgischen Zeitung so viel gerühmten kapitalistischen Zweiklassenstaat gefüllt haben. Wenn die Magdeburgische Zeitung ihre Betrachtungen über die Präsidentschaftswahl in Frankreich schließt mit den Worten Cromwells: „Beten wir zu Gott und halten wir unser Pulver trocken“, so, sagen wir, achten wir auf die Vorgänge im eigenen Lande und tragen wir Sorge, daß unser Volk nicht durch künstlich geschürten Chauvinismus in Unruhen gestürzt wird, deren Ausgang vorderhand zweifelhaft. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Ausland.

Frankreich. Einer der letzten Akte des Casimir Perier'schen Regiments war die brutale Verhaftung des Deputierten Carnaud in Roanne, wo seit Wochen — seit dem 21. Dezember vorigen Jahres — ein Ausstand der Weber besteht. Carnaud, der von der sozialistischen Kammerfraktion nach Roanne geschickt war, um die Streikenden zu organisieren und um Ruhestörungen zu verhindern, erfüllte gewissenhaft seine Aufgabe. Als er gegen das Vorgehen der Polizei gegen einige der Streikenden entschieden Verwahrung einlegte, wurde er verhaftet und ihm die Abgeordnetenschärpe zerissen. Er ist noch in Haft unter der Anklage des Widerstands gegen die Staatsgewalt — so daß gegenwärtig zwei sozialistische Abgeordnete — Gerauld-Richard und Carnaud — gefangen sind, während ein dritter — Déjeante — unter der Anklage der Aufreizung der bewaffneten Macht zum 4. Februar vor Gericht geladen ist und voraussichtlich — so wie man seine Richter kennt — zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt werden wird.

Italien. Crispi ist doch ein Glückspilz. Während im Lande die tollsten Streiche von den Panamisten verübt werden und die öffentliche Meinung sich diesen Vorgängen mehr denn je zugewendet, erhält Crispi Nachrichten von einem großen Siege der Italiener über die Abyssinier, mit denen seit Monaten die Italiener sich herumgeschlagen. In Rom hat die Siegesnachricht „freudige Stimmung“ hervorgerufen; die Opposition wird jedoch bemüht sein, die Augen des Volkes auf die innere Fäulnis Italiens zu lenken, welche durch den „glänzenden Sieg“, d. h. die Massenabschlachtung feindlicher „Brüder“, nicht beseitigt wird.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 14. Januar 1895.

— **Die Lenzmannade.** Im großen Saale der „Flora“ tagt heute die freisinnige Volkspartei. Seit Wochen sind die hiesigen bürgerlichen Blätter erjucht worden, für den Besuch des Parteitags Stimmung zu machen. Gingen wir auf das auf dem Parteitage zu haltende „Hauptreferat“ eines bayerischen Volksvertreters. Wie nicht anders zu erwarten, wird viel geredet, viel getrunken, viel geschorrt werden, und man wird weiter sprechen von dem „Aufschwung“ der Volkspartei, und wird schließlich den Zuhörern den endlichen Sieg des demo-

kratischen Gedankens verkünden. In diesen volksparteilichen Wein müssen wir jedoch „sozialistisches Gift“ träufeln. Es haben sich in letzter Zeit im Reichstage Dinge abgespielt, welche die freisinnige Volkspartei in eine sonderbare Position drängen. Während bekanntlich die süddeutsche Volkspartei gegen die Umsturzvorlage, d. h. gegen eine Ueberweisung in eine Kommission von 28 Mitgliedern stimmte, haben die im Richter für Ueberweisung an die Kommission gestimmt. Aus einer früher von uns angeführten Rede des Abg. Benzmann ist hervorgegangen, daß die freisinnige Volkspartei mit der Regierung zu unterhandeln gedente, und als hiergegen im freisinnigen Lager Stimmen laut geworden, erklärte der Abg. Richter in seinem Blatte, die Haltung Benzmanns entspreche vollständig den Anschauungen des Abg. Richter, die zum Austrag gekommen gelegentlich der Debatte über die Umsturzvorlage. Die Opposition im „eigenen Lager“ kam aber trotz dieser Erklärung nicht zur Ruhe. In einzelnen Orten des Reiches wurden Versammlungen abgehalten, welche sich beschäftigten mit der Umsturzvorlage, und die Erwartung ausgesprochen, daß die Vertreter der freisinnigen Volkspartei für strikte Ablehnung der Vorlage stimmen würden. Diesem Wunsche haben sich die bezeichneten Volksvertreter nicht gefügt. Ja, wie aus einem kleinen Artikel an anderer Stelle ersichtlich, hat der freisinnige Abgeordnete Benzmann in der Umsturzkommission sich als **Retter der Umsturzvorlage** ausgespielt. Doch lassen wir die Volkszeitung reden — eine Stimme aus dem eigenen Lager ist in diesem Falle wertvoller, als unsere Meinung. Das Blatt schreibt:

Das politische Ereignis des Tages in Deutschland ist seit gestern die Rettung der gefährdeten Umsturzvorlage durch ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei in der zur Beratung der Vorlage niedergesetzten Kommission des Reichstages. Benzmann ist der Name dieses Mitgliedes.

Wie das so gekommen, ist aus dem veröffentlichten Sitzungsbericht erkennbar. Angenommen war mit 14 gegen 13 Stimmen ein Antrag des Centrumsabgeordneten Epahn, der die Regierung auffordert, eine Ueberweisung zu geben über die Strafbestimmungen der anderen Kulturstaaten, welche Bezug nehmen auf die neu vorgelegten Paragraphen. Der sehr vernünftige zweite Teil des Antrages Epahn: das entsprechende Material zu liefern, welches die Bestimmung der einzelnen Paragraphen referiert, sowie ein ebenso gerechtfertigter und vernünftiger Antrag Bedels, die Reichsgerichtsentscheidungen vorzulegen, die die vorgeschlagenen Straferhöhungen des Absatz 2 des § 111 begründen könnten, wurden unter sehr ansehnlichen Gründen abgelehnt. Mit Bezug auf den angenommenen Antrag Epahn hatte der Centrumsabgeordnete Dr. Bachem den durchaus angebrachten, aus der Situation sich von selbst ergebenden Antrag gestellt,

die Kommission zu vertagen, bis die Regierung das im Antrag Epahn verlangte Material vorgelegt habe.

Hätte schon vorher der Staatssekretär Niederding erklärt, die Annahme des Antrages Bedel bedeute für die Regierung eine Ablehnung der Vorlage, so erklärte jetzt der Vorsitzende der Kommission, der national-liberale Abg. Dr. Böttcher, daß die Annahme des (sachlich durchaus gerechtfertigten) Antrages Bachem gleichfalls die Ablehnung der Vorlage bedeuten würde. Es lag also in der Hand der Kommission, die Umsturzvorlage schon jetzt zu den Toten zu werfen: die schnellste und beste Rettung, Deutschland vor diesem Gesefensturm und seinen Folgen zu bewahren. Da geschah es bei der Abstimmung, daß der Antrag Bachem mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt wurde, daß also die Ablehnung der Vorlage nicht ausgeprochen wurde. Mit **einer Stimme** war die Vorlage **gerettet**; Herr Lenzmann von der freisinnigen Volkspartei war der Retter. Hätte er für den Antrag Bachem gestimmt, so wäre derselbe mit einer Stimme Majorität angenommen worden und die Umsturzvorlage wäre, nach der jedenfalls im Einverständnis mit der Regierung abgegebenen Erklärung Dr. Böttcher's, be-

g r a d e n gewesen. . . . Wir wissen, daß man an manchen Stellen in der freisinnigen Volkspartei Bedenken trägt, es auf eine Auflösung des Reichstages ankommen zu lassen, und daß man im Zusammenhang damit es für räthlich hält, eine gewisse Konnivenz gegen die Umsturzvorlage an den Tag zu legen. Wäre man aber in der Partei allgemein, oder wäre man auch nur an den „maßgebendsten“ Stellen wirklich der Ansicht, daß die Partei einen Wahlkampf nicht riskieren könne, bei dem sie als „radikale“ Gegnerin der Umsturzvorlage von den D. R. J. und anderen Widersachern „gebrandmarkt“ werden würde, so käme diese superfeine Taktik einer Bankrotterklärung ziemlich nahe. Wäre die freisinnige Volkspartei wirklich so weit, daß sie einer so unerhört wichtigen weittragenden Gesefenvorlage gegenüber nicht mehr frank und frei nach den klaren demokratischen Prinzipien handeln könnte, sondern daß sie sich auf allerlei nationalliberale „Staatsmännerlei“ einlassen müßte, so wäre dies der Anfang vom Ende! In der Wählerschaft fühlt und begriff man das. In mancherlei Zuschriften an uns, in mündlichen Aeußerungen bewährter Parteigenossen sind uns lebhafteste Besorgnisse ausgesprochen worden über die „entgegenkommende“ Haltung der Fraktion der freisinnigen Volkspartei. Insbesondere sind es Stimmen aus Thüringen, die sich in schärfster Weise gegen die wenig entscheidende Stellungnahme der Fraktion in Sachen der Umsturzvorlage ausgesprochen. Einer unserer Gewährsmänner schreibt uns: „Hier in Thüringen wenigstens kann man in Kreisen, die recht von uns liegen, deutlich vernehmen, daß die Unentschiedenheit unserer Vertreter nicht geeignet ist, der Partei neue Anhänger zuzuführen. Sie ist verwerflich ähnlich dem Verhalten der seligen „freisinnigen Partei“ vor der Reichsvorlage.“

Damals war es, wie wir hinzufügen wollen, die Herren von Richter, die der Regierung zu Hilfe kamen, die Partei, Kner u. a., jezt aber ist es der Mann mit der demokratischsten Vergangenheit in der Fraktion, der die Rolle des Regierungshelfers übernommen hat.

Es ist nach alledem viel zu wenig gesagt, wenn es heißt, ein solches Verhalten sei nicht geeignet, der Partei neue Anhänger zuzuführen; wir fürchten, es muß heißen: ein solches Verhalten führt Tausende von Parteigenossen ab. Und nun möge die Freisinnige Volkspartei die denkbar schönsten Reden halten, mögen die Durche, die Maß-

hoch und wie sie alle heißen, den Versammelten glauben machen, früher oder später von dem Wahlkreis Magdeburg Besitz nehmen zu wollen, mögen sie reden von dem „zielbewußten“ Auftreten volksparteilicher Abgeordneter, die vornehmlich widerklingende Stimme aus dem eigenen Lager, aus dem Lager der freisinnigen Volkspartei, kann weder durch Reden noch durch Hochrufe, selbst wenn die Kehlen mit Wein und Champagner gestärkt, überhört werden. Die freisinnige Volkspartei hat ihre Existenzberechtigung verloren — das Proletariat nimmt freudig zu den alten Lasten neue Lasten und wird als Hüterin der Freiheit und Wohlfahrt der Völker das Gebahren der Volksparteier noch gebührend zu würdigen wissen. —

Herr Oberbürgermeister Böttcher f. Am Donnerstag wurde Oberbürgermeister Böttcher, der in Berlin den Herrenhaus-Sitzungen beizuwohnte, von einem Schlaganfall betroffen. Da die Natur des Betroffenen eine gute war, hoffte man auf baldige Genesung. Dies ist jedoch entgegengefallen, denn nach den uns heute zugegangenen Mittheilungen ist er an den Folgen des Anfalles verstorben. —

Arbeitslose melden sich zur Berechtigung von Hoffmandararbeiten beim Magistrat am Winter 1891/92 2157, 1892/93 1612, 1893/94 1056 Personen. —

Gesprochen. Gestern gegen Abend wurde in Budau aus dem Geschäft des Herrn Ritter ein Ueberzieher gestohlen. Derselbe hing am Eingange zur Ladentür als Schanzstück und konnte somit leichterweise entwendet werden. Der Dieb ist entkommen. —

Hochleben. (Die Versammlung aufgelöst.) Als Bödel in seiner Rede über die Umsturzvorlage sprach, wurde die Versammlung polliellisch aufgelöst, da der überaus große Polizeibeamte in seiner Reden Ausdrücke gebrauchte, welche die Ehre der Beamten in der höchsten Weise beleidigten. (Aufgelöst) wurde auch eine Versammlung in Hagenberg, in der Ahlwardt sprach. —

K. Burg. (Anmeldung zur Rekrutierungs-Commissio.) Der königl. Landrat des Bürger Kreises fordert diejenigen jungen Leute männlichen Geschlechts, welche im Jahre 1875 oder früher geboren sind und ihrer Militärpflicht noch nicht genügt haben, auf, sich beizugehen in die Rekrutierungs-Commissio in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. bei der Daschbörde desjenigen Ortes zu melden, an welchem sie ihren dauernden Aufenthalt haben, also wo sie im Dienst, in der Lehre oder in Arbeit stehen. Für diese gelten dieselben Bestimmungen, welche wir im vorigen Landboten unter „Kreis Wanzleben“ veröffentlichten. —

LV. Thell. (Gibt es keine Arbeitslosen?) Eine große Jagd veranstaltete am Dienstag Herr v. Frege-Abinambou auf seinen ausgedehnten Jagdgründen zwischen Thello, Abinambou und Alt-Schönefeld. Dieses Privatvergnügen des Herrn v. Frege könnte uns ja ziemlich gleichgültig sein, wenn nicht dabei etwa 30 Knaben der 1. Klasse der Alt-Schönefelder Schule zu Treibjagden Verwendung gefunden hätten, wodurch sie am Versuch behindert wurden. Es entsteht hier die Frage: Welche die Schulbehörde um diese Jagd und sind die Knaben zur Teilnahme an der Jagd bewilligt worden? Und wenn dies der Fall sein sollte, was veranlaßt die Schulbehörde, dem Herrn v. Frege zu seinem Jagdvergnügen 30 Knaben zur Verfügung zu stellen und sie vom Schulbesuch zu dispensieren? Wir hoffen, daß die Schulbehörde um so eher sich zu einer Erklärung in dieser Sache veranlaßt sehen wird, als wir die Schulbehörden der Knaben zwecks Teilnahme an der Jagd als Treiber einfach für ungeeignet halten. Die Verwendung der Knaben zu Treibjagden verdient aber auch um deswillen Mißbilligung, weil sich Herr v. Frege eine große Anzahl Arbeitslose zur Verfügung gestellt haben, von denen jedoch nur ein kleiner Teil Verwendung fand. Es ist um so unbegreiflicher, daß diese Leute zurückgewiesen wurden, als die Knaben für ihre Treibjagden den gleichen Lohn, nämlich 50 Pf. erhielten. Mäher dieser horrenden Schöpfung in der (5 Pf. pro Stunde) erhielten die Treiber ein Dinerbrot mit Wein und einen Schnaps. —

Berlin. (Von der Maschine erzählt.) In der Wäschejahre von Müller und Eißmann wollte der schon bejahrte Mann, ohne Benutzung der Schneemaschine, einfach mit bloßen Händen einen Strickriemen auf die im Gange befindliche Transmissions bringen. Die Maschine ersetzte den Unvorsichtigen und schlenderte ihn mehrere Male herum, ehe es gelang, dieselbe zum Stillstand zu bringen. Wüthend erlitt Wüthend, Wüthend und Armbrüster, sowie eine Verletzung des Rückgrats. Noch lechter wurde der Verwandte nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, sein Zustand ist jedoch so schlimm, daß Hoffnung auf Erhaltung des Lebens ausgegeschlossen erscheint. Eine Frau und sechs Kinder beweinen das Unglück. —

Hamburg. (Unterjochung.) Nach Unterjochung von etwa 1500 Mann ist, wie der hiesigen Kriminalpolizei mitgeteilt wird, seit dem 9. d. Mts in Hamburg der am 28. April 1871 dajelbst geborene Buchhalter Wilhelm Heinrich Konrad Johansen flüchtig geworden und wird flehentlich verfolgt. —

Spanbau. (Spielt nicht mit dem Schießgewehr.) Ein 16-jähriger taunmännlicher Löffelbesitzer hatte sich eine Pistole gekauft und handelte damit in der elterlichen Behausung. Mithin erlaubte sich die Waffe und das Geschloß durch der ihm neunjährigen Stiefmutter in die Hand. Das Kind ist lebensgefährlich verletzt. Der Lehrling ist in Haft genommen worden. —

London. (Arbeitslos.) Nach einer dem Berliner Tageblatt zugegangenen Depesche befinden sich die Maschinen über das Straßen-Netz in den Straßen bei London leider nicht. Es scheint, daß sämtliche begrabenen Arbeiter verloren sind. —

Maisland. (Erwörtert.) Der Centralparlament des hiesigen Appellations, Galt, wurde in seinem Kabinett von einem spanischen, Katalan Deschlo, entlassen. —

Uebersicht. (Erwörtert.) Ueber die gestern kurz gemachten Erklärungen liegen jetzt noch mehrere Angaben vor. Es lautet: Auf dem Lager am Orte (Worms) der Womans Central-Station, wo mehrere Wagen mit Eisenbahnen standen, wurde gestern ein Mann, während die Eisenbahnen im Zuge waren, erdolte eine Explosion, durch welche eine Anzahl Eisenbahnen zerstört wurde. Bald darauf fand eine zweite, noch heftigere Explosion statt. Die in der Nähe stehenden Eisenbahnen wurden ebenfalls niedergebrennt und die Eisenbahn eine halbe englische Meile weit zerstört, wobei der Ort in Mitleidenschaft der Erde verlegt wurde. Als die Eisenbahnen zerstört und zerstört sind zu richten wurden, erfolgte eine dritte Explosion infolge der Explosion des Zentralparlamentes in der hiesigen Station. Die Explosion geschah am Ort. Einzigste Eisenbahnen, die zerstört wurden, sind mehrere andere Eisenbahnen, welche eine Anzahl Arbeiter verletzten, auch viele Leute von der hiesigen Eisenbahn, welche bei der ersten Explosion die Eisenbahnen zerstörte und verlegte. In 10 verletzten Leuten wurden hiesiger Eisenbahnen zerstört, sind 75 Personen verletzt und getötet, an anderen verletzten wurden. Der Eisenbahnen übertrug eine Million Dollars. —

48. Die Reden dieser Herren, welche die Vorlage warm empfehlen, können die Leser, da der Raum uns heute den Abdruck nicht gestattet, erst im Parlamentsberichte der nächsten Nummer nachlesen — beide Redner sind schwer verständlich. Nachdem Abg. Schröder (F. Ver.) seine Wünsche der Vorlage gegenüber geäußert, wird die Sitzung auf morgen vertagt. Von unserer Fraktion wird Genosse Grillenberger reden. Auf der Tagesordnung steht auch das Gesetz betreffend die Binnenschifffahrt, zu dem Gericht und Wegger sprechen werden. —

Morgen, Montag, hält der Reichstag keine Sitzung ab, die Abgeordneten sollen einmal einen freien Tag haben. Ob die Umsturzkommission am Montag tagt, ist heute noch zweifelhaft.

18. Sitzung vom 18. Januar.

Eröffnung: 1 Uhr.
Am Bundesratssitzung: Dr. v. Böttcher, Niederding, Eckardt.
Die erste Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung (Einführung der Berufung in Strafsachen, Entschädigung unschuldig Verurtheilte etc.)
Abg. Lenzmann (Freis. Volksp.): Die Vorlage ist so recht ein Ausdruck der im Volke herrschenden Unzufriedenheit, des Mißtrauens gegen die Rechtspflege im R. R. Wir haben es erleben müssen, daß Richterurtheile angefochten wurden, die das Volk nicht verstand. So ist vom Reichsgericht erkannt worden, man könne mit untauglichen Mitteln an einem untauglichen Objekt eine strafbare Handlung begehen. Man hat eben seit langem nicht die nötigen Kräfte in die Kriminaljustiz berufen. Die wichtigsten sollte man nur ansuchen, aber man glaubt die alten immer weiter anzuwenden zu sollen. So hat eine Art Marasmus criminalis bei uns Platz gegriffen. Auf der andern Seite hat sich der Affektivismus breit gemacht, der ein Strebertum gezeitigt hat, das man früher im preussischen Richterstande nicht kannte, wenigstens zu der Zeit nicht, als ich ihm angehörte. Auch der Militarismus hat schon in unserer Rechtspflege eingegriffen. Es ist vorgekommen, daß ein hoher Justizbeamter es als Bedingung für die Bewerbung um eine Staatsanwaltschaft aufstellte, daß die betreffenden Referendare seien. Ferner habe ich es erlebt, daß ein Rekrut nicht beurlaubt wurde, um einer Schwurgerichtsverhandlung als Zeuge beizuwohnen, weil er sich angeblich noch nicht vor Gericht zu bezeugen versteht. (Seiterteit)

Der Antrag wurde kommissarisch vernommen und auf Grund der verlesenen Akte beschloß wurde der von uns verteidigte Angeklagte zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Reichsgericht hob das Erkenntnis auf, in der neuen Verhandlung wurde der Soldat persönlich vernommen, und nun beantragte auf Grund seiner zweiten Akte die Staatsanwaltschaft die Freisprechung. (Hö! Hö!) Der Verteidiger nimmt eine unwürdige Stellung im Strafprozessverfahren ein. Nicht bloß in Berlin, sondern auch bei kleineren Gerichten ist man zu der Auffassung gekommen, als ob der Verteidiger ein überflüssiges Institut sei, das dem Gericht überflüssige Zeit raubt. Gott sei Dank geht aber hauptsächlich der Verteidiger dem ganzen Prozeß ein anderes Gepräge zu geben, daß wir nach Einführung der freien Advokatur manche Leute in den Stand herabkommen haben, die ihn nicht würdig vertreten. Aber aus einzelnen Fällen zu verdammen Urteile gegen den gesamten Stand herabzusetzen, ist ein non plus ultra der Ungerechtigkeit. Die Verteidiger sind jaft so häufig zur Aufrechterhaltung einer geordneten Justiz, wie der Staatsanwalt und der Richter, und verdienen den Anwalt, der dazu hilft, die Wahrheit zu verunkeln und dem Recht eine Niederlage zu bereiten. Warum auch der Unterschied in der Höhe? Dem Anwalt selbst ist es gleichgültig, ob er einen ledernen Lohr hat oder nicht, aber das Publikum legt Wert darauf. Der Staatsanwalt hat den ganzen Apparat zur Verfügung, er kann Zeugen beschwören, Untersuchungen vorführen, der Verteidiger kann das nicht, er hat nur das Recht der verantwortlichen Zeugenvernehmung, er kann die Zeugen sehen, im übrigen ist es dem freien Ermessen des Staatsanwalts überlassen, was er vor Eröffnung des Hauptverfahrens dem Richter mitteilen will. Der Richter hat die ganzen Prozesse zu lesen, aber wenn ein Anwalt die Akten mit nach Hause nehmen will, dann muß es schon ein sehr geübter Richter sein, der ihn das gestattet. Die Einsicht in die Akten ist bei uns nur in der Gerichtsbarkeit in Gegenwart der Richter gestattet. Die Verteidiger bekommen oft nicht einmal die Anklageschrift zu sehen. Nach dieser Vorlage ist dem Verteidiger nicht einmal gestattet, dem Angeklagten im Vorverfahren zur Seite zu stehen.

Die Vorlage richtet sich auch gegen das Schwurgericht, gegen eine Institution, für die wir auf der linken Seite des Hauses feils gefürchtet haben, und für die wir den Kampf nicht aufgeben werden. Eine eminent politische Seite der Vorlage ist die Veränderung der Geschäftsverteilung. Wenn der Staatsanwalt gestirmt erlaubt, diese Frage sei für die veränderten Regierungen von untergeordneter Bedeutung, so ist sie für uns eminent wichtig. Ich verheiß nicht, wie der Staatsanwalt zu der Auffassung kam, daß jenen, welche die neue Geschäftseinteilung nicht wollten, darunter auch ein Minister gegen den unabhängigen Richterstand. Gerade um diese Unabhängigkeit zu schützen gegen eine politische Justizverwaltung, wollen wir die Macht nicht in die Hände der Justizverwaltung legen. Die Landesjustizverwaltung ist durch die Vorlage in den Stand gesetzt, in politischen Angelegenheiten geborgene Schritte zu unternehmen. Wir haben ja die Entscheidung gehabt, daß zur Zeit des Kaiserthums die evangelischen Gerichte die Leitung des Justizwesens des Reichs von 1848 mit drei bis vier Monaten Geschäftes befaßten, während die katholischen Richter nur auf einen Tag erschienen. Wenn die einzelnen Richter auch vollständig in unabhängiger Auffassung handeln können, so müssen wir doch unser Volk vor der Gefahr warnen, daß die Landesjustizverwaltung sich ein politisch-polemologisches Richterthum schaffen kann. Ich glaube wohlwiegend im Namen meiner politischen Freunde zu können, wenn ich sage, daß die Vorlage für uns durch Hoffnungen an dieser Veranlassung unerschütterbar werden könnte.

Wir hören aber, daß die Vorlage nicht in der Kommission begraben wird, weil wir die Verantwortlichkeit der Wiedereröffnung der Berufung gegen Strafkammerurteile und der Entschädigung unschuldig Verurtheilte und anderer. Unter Juristen wie Hofmann besteht der dringliche Wunsch, die Berufung wieder einzuführen. Für die Berufung spricht alles, dagegen nichts. Jüngere Richter werden dabei absolut keine Rolle, weil die vornehmste Aufgabe des Staates in der Rechtspflege besteht. Im Gegensatz zu einzelnen unserer politischen Freunde bin ich der Meinung, daß der Staatsanwalt das Recht der Berufung an die zweite Instanz zu geben. Denn es ist nicht bloß Aufgabe der Justiz, Unschuldige vor Strafe zu bewahren, sondern auch Schuldige zu treffen. Die Entschädigung unschuldig Verurtheilte ist vor 15 Jahren bereits im Reichsgesetz geregelt worden. Ich sage aber weiter, als die Vorlage. Man muß alles Dajen der Justiz, auch denen, die unschuldig verurtheilt sind, gleiche Rechte gewähren. Das ist notwendig, weil notwendig, wo in Deutschland und zu viel Leute verurtheilt werden. (Sehr richtig! links.) Unsere jungen unabhängigen Richter herabzusetzen viel zu wenig, welcher Unsinn! Man muß die hohen Justizbeamten vornehmen, und es ist nicht möglich, sehr wichtig, daß für den Vorberathungsdienst der Referendare die Bestimmungen angenommen werden, daß die jungen Referendare eine Zeit lang Probe Richter werden. (Seiterteit) In der Kommission werde ich die Verbesserung der Geschäftsverteilung auch für unschuldig verurtheilte Untersuchungsgefangene verlangen. Die Geschäftsverteilung würde dem Richter überlassen werden, der die Aufhebung des ersten Erkenntnisses bewirkt hat. Ich habe einen Richter nicht für so kleinlich, daß er belagere eher genügt sein können, zu vermeiden.

Sehr bedauerlich ist es, daß wir für die Entschädigung der unschuldig Verurtheilte eine Verhinderung des Wiedereröffnungsverfahrens in den Akten nehmen wollen. Ich möchte fragen, das Wiedereröffnungsverfahren wird aufgehoben. Denn jetzt bei Einführung der Berufung genügt das heutige Wiedereröffnungsverfahren nicht. In Dortmund kam es einmal vor, daß jemand um acht Jahren Zuchthaus bestraft wurde, weil er ein bestimmter Junge war. Es sollte sich heraus, daß er mit einem anderen Mann denselben Namen hatte, welcher verurtheilt wurde. In diesem Falle war die Revision nicht gestattet, sie sollte auch gestattet sein, wenn man Urtheile herabsetzen möchte, die auf die Strafverurteilung des Landes hin können. Die Einführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilte werden auch sehr wohl möglich, unter Beibehaltung der jetzigen Strafgesetze.

von denen einige ja wohl unnötig sind, andere aber unentbehrlich. Ueber die Anzahl der Richter kann man verschiedener Meinung sein. Ich könnte mich mit drei Richtern begnügen. Viel wichtiger aber ist es, daß bei der Verurteilung der Strafkammer mit drei Richtern verlangt werden müßte ein einstimmiges Erkenntnis. Denn wenn auch nur ein Richter an einer Sache zweifelt, so ist sie doch zweifelhaft und in dubio pro reo. Dadurch, daß die Garantien des Vorverfahrens innegehalten werden, wird oft das Hauptverfahren unnötig.

Daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte erweitert wird, ist im allgemeinen zu begrüßen, aber es müßte ihnen auch das Verbrechen gegen die Personlichkeiten übergeben werden. Die Meineids- und Mordverbrechen sollten den Schwurgerichten überlassen bleiben. Allerdings kommen ja hier häufig Freisprechungen vor, aber es ist nicht die Beweis erbacht worden, daß diese Freisprechungen Schicksal waren. Die Urteile entsprechen eben den veränderten Anschauungen des Volkes, die allerdings mit denen der Juristen nicht immer übereinstimmen. Politische und Verbrechen müßten den Schwurgerichten ebenfalls zugeteilt werden, da das Volk besser mit dem Volksgeliste Fühlung hat, als die Gelehrten. Wir werden in der Kommission einen entsprechenden Antrag stellen, obwohl wir wissen, daß wir nicht viel Glück damit haben werden. Aber wir halten es für unsere Aufgabe, die Schwurgerichte zu stärken gegenüber dem Bestreben von oben, sie zu schwächen. Es ist ein echt reaktionärer Schritt, daß bei den Schwurgerichten das parlamentarische Resümee des Präsidenten wieder eingeführt werden soll. Ich habe selbst genugsam erfahren, wie sehr dieses Resümee geeignet ist, die Geschworenen zu beeinflussen. Schon der Staatsanwalt ist für die Geschworenen eine Autorität, um wieviel mehr der Präsident, von dem das Volk doch annimmt, daß er das Resümee absoluter Unparteilichkeit ist. Wenigstens müßten einzelne Teile des Resümees oder auch das ganze Resümee durch Protokollführung fixiert werden, damit bei einer etwaigen späteren Verhandlung geprüft werden kann, ob das Resümee objektiv genug war. Wir werden in der Kommission mit einem entsprechenden Antrage kommen. Auch gegen die Urteile der Schwurgerichte müßten mehr Rechtsmittel zugelassen werden. In dem Falle, den ich anführte, wo die Militärbehörde die Beurlaubung eines Rekruten verweigerte, handelte es sich um einen Anstifter zum Meineid und um einen angeblich Meineidigen, von denen der erstere mich zum Anwalt, der andere einen Offizialverteidiger hatte. Der Anstifter wurde nun, so viel ich weiß, infolge der späteren mündlichen Vernehmung des Rekruten, seines Hauptbelastungszeugen freigesprochen, während der andere sitzen muß, weil er nach den geltenden Bestimmungen Revision nicht einlegen konnte, obwohl es klar ist, daß er unschuldig ist.

Bezüglich der Erweiterung des Kontumazialverfahrens billige ich die Vorlage. Ist wünscht der Angeklagte selbst dringend, nicht erscheinen zu brauchen und ist doch bereit, die Konsequenzen seiner Handlungsweise zu tragen. Ebenso bin ich einverstanden mit dem Reichs. Der Eid war in seiner gegenwärtigen schablonenhaften Abnahme oft zur Farce degradiert, er wird jetzt feierlicher und wirkungsvoller werden. Den Prozeßbetreffenden, dem Staatsanwalt, Richter, Anwalt muß in Zukunft gestattet werden, Anlagen zu Protokoll zu überreichen. Das Protokoll in seiner gegenwärtigen Gestalt und in der Gestalt, die es nach dieser Vorlage haben soll, bietet nicht die Garantien der Rechtsbeurteilung dessen, was vorgelesen ist. Das Protokoll wird häufig von sehr unersahenen Referendaren oder Schreibern angefertigt. Wir werden einen Antrag stellen, wodurch dem Anwalt ein Ende gemacht wird, daß Pressebeichte an allen Orten verfaßt werden können, wo die Zeitungszimmer verbreitet worden ist. Wir werden beantragen, daß Pressebeichte nur am Ursprungsorte verfaßt werden können.

Wenn es uns gelingt, aus der Vorlage den Anknüpfungspunkt zur Revision, der in ihr verfaßt ist, zu befreien, so werden wir die Vorlage als einen guten Schritt vorwärts auf dem Gebiete einer besseren Rechtsbildung betrachten. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß sich die Juristen in der Kommission eine größere Zurückhaltung in der Debatte auferlegen, damit die Sache nicht in der Kommission begraben wird, sondern noch in dieser Session zum Abschluß gelangt, und damit wir möglichst am 1. Juli, spätestens am 1. Oktober, die Hoffnungen der Wiedereröffnung des ordentlichen Rechtsmittels und der Entschädigung der unschuldig Verurtheilten haben. (Beifall links)

(Schluß folgt)

Unfall. Der frühere Centrumsabgeordnete Schorlemer-Nist machte sich heute vorläufig im Reichstage bemerkbar. In parlamentarischer Freiheit verkehrte: Dieser Herr wolle die Centrumsliste günstig für die Umsturz-Vorlage stimmen, über deren Schicksal die Aufschauungen sich heute wesentlich geändert haben. Man glaubt, daß das Centrum, um mit den Bayern zu reden, „was Scheus müßbringe, wanns die Jesuiten ein lassen“. —

Wahlprüfungen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abgeordneten G. v. B. (freisinnige Vereinigung), der in der Stichwahl mit 8025 gegen 7871 sozialdemokratische Stimmen gewählt war, für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abgeordneten Dr. Bödel-Warburg, die beanstandet ist, sollen noch weitere Beweiserhebungen veranlaßt werden. —

Die Wahlprüfungskommission erklärte heute die Wahl des Abgeordneten Bantion für ungültig. Der Abgeordnete vertrat den Wahlkreis Ulm. —

Reichstags-Eröffnung. Der schwedische Reichstag ist am 17. d. Mts. eröffnet. —

Volksparteiliches. Der Abgeordnete Lenzmann (freisinnige Volkspartei) stimmte in der Umsturzkommission gegen den Antrag des Abg. Bachem (Centrum), welcher bezweckte, die Sitzung der Kommission zu vertagen, bis die Regierung das im Antrage Spahn geforderte Material (siehe letzte Nummer) vorgelegt habe.

Als der Vorsitzende der Kommission bemerkte, die Annahme dieses Antrages würde die Vertagung der Vorlage bedeuten, stimmte der Mann der sogenannten Volkspartei gegen den Antrag Bachem, der mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Fürchten die Volksparteier die Auflösung des Reichstages? —

Partei-Nachrichten. Protestversammlungen gegen den Umsturz tagten in Remscheid (Referent Weiß), Bernburg (Abg. Schmidt), Stübchen (Dr. Lütgenau), Mühlweide (Abg. Schmidt), und Lübeck (Schwarz). Die Versammlungen waren durchweg sehr stark besucht. —

Neuere Nachrichten. Berlin. Die am Freitag abgehaltenen Versammlungen der Arbeitslosen waren von insgesamt 7-8000 Personen besucht. Die Versammlungen verliefen ruhig, die Polizei hielt sich von der Straße fern. Durch eine einstimmig angenommene Resolution wurde die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle Staats-, Gemeinde- und Privatbetriebe gefordert. Und weiter forderten die Versammlungen die Gemeinden und den Staat auf, durch sofortige Inangriffnahme aller notwendigen öffentlichen Arbeiten den Beschäftigungslosen Arbeit und Verdienst zu verschaffen. —

Berlin. Coeben wird uns mitgeteilt, daß die Umsturzkommission am Montag tagt, die Diskussion beginnt über § 111 der Vorlage. —

Berlin. Die Wostische Zeitung behauptet, der Abg. Lenzmann habe sich durch die Erklärung des Vorsitzenden der Umsturzkommission ins Bodshorn jagen lassen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 18. Januar 1895.

Aus dem Reichstage. Die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung. Erster Redner war der Abg. Lenzmann (F. V.). Er kündigte die Vorlage augenblicklich ab. Seine Erfahrungen als Jurist zum Vernehmen gelang es ihm, die (32) Abgeordneten, welche während seiner Rede die Sitze eingenommen, in gespannter Aufmerksamkeit zu halten (Ueber denselben Redner lies Vorles. D. 2.) Nach ihm sprach der Justizminister und nach diesem der Abg. Buchta — das Haus hatte sich wieder um um einige Abgeordnete geleert, ich schloß um 3 1/2 Uhr

Berlin. Der Abg. Benzmann von der freisinnigen Volkspartei erklärte mehreren Abgeordneten gegenüber, er habe nicht gegen den Antrag Bachem gestimmt, er sei während der Abstimmung gar nicht anwesend gewesen, seine Frau habe ihn heraustrufen lassen. Sml Wir wissen, daß der Fortschrittler Jordanbeck auch den Pferdebahnanfschluß verpackte, als es sich um die Abstimmung des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 handelte.

Berlin. Der Vorwärts warnt vor einem gewissen Nieten, welcher als Polizei-Anarchist verdächtig aus Zürich ausgewiesen und sich Deutschland zugewendet hat. Er soll sich in Jena aufhalten. — Auch wir können nur wiederholt den Rat geben, nicht jeden Unbekannten sofort in den Kreis ihres Vertrauens zu ziehen. Ein Lump bleibt Lump, auch wenn er sein Gewand wechseln sollte.

Dover. Der Herzog von Orleans hat ein Manifest erlassen, in dem er dem französischen Volke ankündigt, daß er an dem Tage, an welchem „sein“ Band ihn rufen wird, zur Stelle ist. Die Stunde sei nahe, wo das Land zu der Regierungsform zurückkehren will, die der Ruhm seiner Vergangenheit gewesen ist und die Garantie seiner Zukunft sein wird. Wenn dem Herrn Grafen nur nicht die Zeit langweilig vorkommen wird. Mit den Orleansisten und Panamisten hat das französische Volk für immer aufgeräumt.

Paris. Uebereinstimmend sind die Blätter der Ansicht, daß Casimir Perier mit seiner Demissionierung der Bourgeoisrepublik das Todesglöcklein geläutet hat. — Frau Casimir Perier will bei ihrem Manne einen Drohbrief gefunden haben, unterzeichnet mit den Worten: „Die Rächer Bailants und Caserios.“ Altweibergeschwätz — wer sollte diesem Feigling ein Haar krümmen.

Paris. Die Monarchisten blamieren sich so gut es eben geht. In mehreren Städten wurden Plakate mit dem Portrait des Herzogs von Orleans und des Grafen von Paris angeschlagen. Unter dem Bilde stehen die Worte: Es lebe der Herzog von Orleans, der König von Frankreich.

Zur Lokalfrage.

Folgende Lokalitäten stehen den Sozialdemokraten sowie den Gewerkschaften Magdeburgs und der Umgegend zu Versammlungen zc. zur Verfügung:

- Rob. Bierstedt („Grafs Garten“), Wilhelmstadt, Schrotestr. 1.
- H. Brune („Thalia“), Budau, Dorotheenstr. 14.
- W. Gens („Friedrichsplatz“), Sudenburg, Leipzigerstr. 52.
- Fr. Grothum, Magdeburg, Kleine Klosterstr. 15/16.
- Samel, Ottersleben.
- D. Hoppe, Magdeburg, Braunschweigstr. 3.
- Hoppe, Bennedeb.
- Wilhelm Hirschfeld, Ottersleben.
- H. Königsdorf („Zerbster Bierhalle“), Sudenb., Schöningerstr. 28.
- Adolf Lausch („Zum goldenen Engel“), Fernersleben.
- Aug. Luß („Bürgerhaus“), Magdeburg, Stephansbrücke.
- Mesenberg, Lemsdorf.
- H. Meyer („Zum weißen Hirsch“), Neustadt, Friedrichsplatz 2.
- Müller, Restaurateur, Magdeburg, Tischlerstr. 3.
- Fr. Strumpf, Groß-Ottersleben.

Weiteren Mitteilungen, die schriftlich und mit Namensunterschrift zu versehen sind, sieht entgegen

Die Lokal-Kommission.

Carl Lantau, Geschäftsführer der Volksstimme.

Der Lokal-Kommission ging heute vormittag vom Inhaber des Etablissementes

„Eisteller“, Sudenburg

die Mitteilung zu, daß dieses Lokal unserer Partei zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stehe.

Die Lokal-Kommission.
Carl Lantau.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen zc.

Allgemeiner Arbeiter-Verein für Magdeburg und Umgegend. Wir weisen an dieser Stelle auf die in dieser Woche stattfindenden Versammlungen hin. Am Mittwoch abend findet im „Weißen Hirsch“, Neue Neustadt, Friedrichsplatz 2, die erste Versammlung statt, die zweite am Donnerstag abend im „Thalia-Restaurant“, Budau, Dorotheenstr. 14. In beiden Versammlungen spricht der ehemalige Volksschullehrer Genosse Heinrich Schulz aus Sieglitz-Berlin. Alles Nähere im Inserat —

Freie Religionsgesellschaft. Am Sonntag, den 20. Januar fällt die Erbauung aus. — **Der Metallarbeiter-Verband** veranstaltet heute in „Grafs Garten“ ein Tanzkonzert.

Gr.-Ottersleben. (Versammlung.) Am Sonntag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale der Frau Wasserzieher eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins für Gr.-Ottersleben und Umgegend statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen. Ferner findet am selben Tage nachmittags 3 Uhr ebenfalls bei Frau Wasserzieher die Übungsstunde der Gesangsgruppe statt, zu welcher die Sänger pünktlich erscheinen müssen. **Sonntag, den 20. Januar:**

Abg. Ab. Schmidt spricht heute Sonntag nachmittags in „Grafs Garten“ über „Die Umfurg“ debatte im Reichstage“.

Arbeiter-Fachverein Barleben und Umgegend. Jeden Sonntag nachm. von 3-5 Uhr Diskussionsstunde bei F. Peters, Schulstraße 12. **Central-Kranken- und Sterbekasse** für Frauen und Mädchen. Versammlung nachmittags 4 Uhr bei Buchlow, Katharinenstr. 5. **Deutscher Metallarbeiter-Verband** (Kiliale Sudenburg). Form. 9 1/2 Uhr Lesestunde in der „Zerbster Bierhalle“. **Montag, den 21. Januar:**

Arbeitsnachweis-Kommission. Montag abend 8 Uhr Sitzung.

Veria Deutscher Schuhmacher, Filiale Magdeburg. Versammlung abends 8 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38. **Theaterverein „Hoffnung“**, Alte Neustadt. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung in Hohmanns Restaurant, Wolbenstraße 26. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Filiale Burg.** Abends 8 Uhr Versammlung in Fests Local, Holzstraße. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. **Naturheilverein Neue Neustadt.** Abends 8 Uhr General-Versammlung im „Weißen Hirsch“.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Im Kampf ums Recht.

Von Emanuel Wurm.

Ein entsetzliches „Jesus, Maria!“, das von der Thür her ertönte, ließ ihn endlich sich an die beobachtende Nonne erinnern.

„Mutter Beata ist vor Schreck geisteskrank geworden.“ sprach er jetzt, wieder rasch gefaßt, zu der verblüfften Nonne. „Hole die Domina und lasse zu unserm Arzt senden. Fort, rasch! Und daß Du schweigst! Der Himmel straft Dich unnachsichtlich, wenn Du nur ein Wort von dem erzählst, was die arme Mutter Beata in ihrer Geistesverwirrung sagte.“

Die dienende Nonne verneigte sich in slavischer Demut und eilte, den Befehl zu erfüllen.

Wieder trat nun Vater Eusebius an das Lager Elisa's, wieder ergriff er deren Hand, prüfend, ob nicht leiser Pulsschlag Leben verkünde.

Nichts!

Seine Miene verfinsterten sich.

„Wahnsinnige Hysterie,“ murmelte er, einen hagerfüllten Blick auf die Lebtfissin werfend, die schluchzend in einem Winkel des Zimmers kauerte und mit wirklich fast geistesgestörten Blicken nach Elisa hinstarrte.

Der Vater zerrte jetzt die dicken, schweren Vorhänge beiseite und öffnete die Fenster.

Er selbst mußte nun unwillkürlich aufatmen, als der würzige frische Frühlingshauch in das Zimmer drang. Der Luftzug erlöschte nun auch die qualmende Kerze — wenige Minuten genügten, um den Weihrauchdunst zu vertreiben.

Mit gespannter Aufmerksamkeit beobachtete der Vater indes die Gesichtszüge Elisa's. Er wendete ihren Kopf, so daß das goldige Sonnenlicht mit blendendem Glanze auf die geschlossenen Augen fiel.

Bergebens!

Sie öffneten sich nicht — und die bleichen Lippen blieben so trogig und fest aufeinandergepreßt wie zuvor. „Sie ist tot!“ sprach Eusebius nachdenklich.

Mit einem wilden Aufschrei sprang die Lebtfissin empor.

„Du darfst nicht tot sein! Du mußt leben! Ich will mein Kind haben! Hörst Du! Mein Kind — meinen Sohn! O Gott — dulde doch nicht, daß diese Sclinderin mir mein Kind raubt!“

Sie kauerte sich neben Elisa nieder und sprach mit wilder Hast heiß flüsternd ihr ins Ohr:

„Er wird mir es jetzt nicht sagen, wo mein Sohn lebt! Und ich will ihn sehen, will ihn küssen! Meinen Sohn! Liebe Elisa, ich bitte Dich, wach' doch auf — sei nicht so hartnäckig — ich flehe Dich an — wach' auf — Du raubst mir sonst mein Kind!“

Vater Eusebius hatte indes sinnend vor sich hingeblickt; offenbar war er so in seine Gedanken vertieft, daß er die Lebtfissin nicht beachtete.

Jetzt aber hatte er seinen Entschluß gefaßt. Mit fester Hand riß er sie empor und sah sie ernst an.

„Ich werde mein Versprechen halten! Noch heute abend führe ich Dich zu Deinem Sohn!“

Sie wollte vor Freude aufschreien, doch rasch hielt er ihr die Hand auf den Mund.

„Still! Entschließe Dich rasch! Willst Du mit Deinem Sohne vereint werden?“

„O — ob ich will — — mein Leben — —“.

„So schwöre mir bei Deiner Seligkeit und der unseres Kindes, daß Du jetzt, wenn die Domina und der Arzt kommen, ebenso wie später bezeugen wirst, was ich sage.“

„Was?“

Sie fragte ungewiß, mißtrauisch.

„Unbedingten Gehorsam verlange ich! Schwöre — oder niemals erfährst Du, was Du wissen willst!“

„Unbedingten Gehorsam? Und wirst Du mich nicht be-tügen?“

Ihr mißtrauischer Blick ließ ihn spöttisch lächeln.

„Schwur gegen Schwur! Heute abend wirst Du mit Deinem Sohn vereint!“

Er hob feierlich die Rechte empor.

Zögernd folgte sie seinem Beispiele.

„Ich schwöre Dir unbedingten Gehorsam,“ flüsterte sie, „soweit Gott es erlaubt.“

Er zuckte die Achseln.

„Gott erlaubt es auch nicht, daß eine abtrünnige Nonne Lebtfissin ist und ihr Kind wiederfieht. Keinen Vorbehalt nehme ich an! Schwöre hier aufs Kreuz für unbedingten Gehorsam!“

Er nahm das Kreuz, das er an einer Kette über der Brust trug und hielt es ihr vor — demüthig senkte sie das Haupt und leistete den Eid.

Mit ruhiger Miene wendete er sich jetzt wieder zu Elisa.

„Wir werden ihr ein würdiges Begräbniß bereiten, wie es der Himmelsbraut geziemt.“

„Elisa hat ja nicht eingewilligt —“.

„Sie hat eingewilligt in Deiner und meiner Gegenwart! Weißt Du das nicht mehr?“

Er sah die Lebtfissin so streng an, daß sie die Augen niederzuschlug.

„Ja,“ flüpfelte sie seufzend.

(Fortsetzung folgt.)

Volks-Versammlung

65

am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, in „Grafs Garten“, Schrotestraße 1.

Tages-Ordnung:

Die Debatten im Reichstage über die Umfurgvorlage. (Referent: Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt.)

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter, Neustadt.

Die Vertreter für das Jahr 1895 der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter und der in den Fabriken angeheilen Personen zu Neustadt-Magdeburg werden zu einer Besprechung am

Sonntag, den 20. Januar, nachm. 5 Uhr im weißen Hirsch

hiermit eingeladen. Pflicht jedes Vertreters ist es, zu erscheinen.

Der Einberufer.

Neustadt! Buckkau!

Bekanntmachung.

In nächster Woche finden zwei Versammlungen des „Allgemeinen Arbeiter-Vereins“ statt, in denen der ehemalige Volksschullehrer Genosse Heinrich Schulz aus Sieglitz-Berlin Vorträge halten wird. Am Mittwoch abend spricht der genannte Redner im „Weißen Hirsch“ über „Das heutige klassenstaatliche Schulwesen und die Jugenderziehung der Zukunft“ und am Donnerstag abend wird er im „Thalia-Saal“ über „Deutsche Zustände vor und während der französischen Revolution“ referieren. Die Mitglieder werden gebeten, für den Besuch dieser Versammlungen zu agitieren und recht viele Gäste mitzubringen.

Der Vorstand.

Buckkau.

Ordentl. General-Versammlung

der Mitglieder des

Naturheil-Vereins Buckkau

am 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr

im „Thalia“.

Der Vorstand.

Was ist Fleischbrühe?

Diese gewiß allgemein interessierende Frage beantwortet eine Autorität der Jetztzeit, der Professor Birkow-Berlin, wie folgt: „Ich behaupte, daß Fleischbrühe an sich weder ein Nahrungsmittel, noch „kräftig“, sondern nur ein Genussmittel und Luxus-artikel ist.“ Die Fleischbrühe ist nichts als ein Reizmittel, sie giebt keine Kraft, keine Nahrung.“ Diese beiden Aussprüche beweisen, daß die Ansicht: daß Fleisch oder Fleischbrühe Kraft geben, schaffen könne, ein eben solcher Trugschluß ist, als zu sagen: die Peitsche giebt, schenkt dem ermatteten, schwachen Pferde Kraft. Der Mensch lebt und zieht Kraft nicht von dem, was und wieviel er isst, sondern von dem, was er verdaut. Die leicht verdaulichste und dabei billigste Kost ist unbestreitbar die vegetarische. Die „Pomona“

das einzige hygienisch-vegetarische Speisegut in Magdeburg, Gr. Schulstraße 3, bietet die beste Gelegenheit, sich davon zu überzeugen. 93

Eleg. Damen- u. Herren-Maske. Anzüge billig zu verkaufen in Budau, Neuestraße 7 bei Strug. 13

Verband Magdeburger Naturheilvereine.

Naturheil-Verein Sudenburg.

Dienstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr

in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

Öffentlicher Vortrag über: Das Auge

und seine wichtigsten Erkrankungen.

Referent: Herr Dr. med. Dietrich, hier.

Freie Besprechung und Fragekasten.

Gäste willkommen.

82

Öffentliche Frauenversammlung

am Montag, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr

im „Weißen Hirsch“.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Grothums Restaurant und Gasthaus

Centralverkehr der Gewerkschaften.

Sonntag, den 20. Januar, vormittags von 11 Uhr an

Grosse Matinee,

ausgeführt vom Freien Orchester-Verein.

Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

G. O.

Eine deutsche Gesandtschaft kauft Sklaven!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Herr Gottlob Adolph Krause in der Kreuzzeitung einen aus Akabi am Volta in Togo vom 21. September 1894 datierten Brief, der die wunderbarsten Dinge aus dem deutschen Schutzgebiet Togo in Westafrika enthüllt. Es wird da mitgeteilt, daß im Juni 1893 drei im Dienst der deutschen Regierung stehende, als Abgesandte der deutschen Kolonialverwaltung auftretende Leute im Innern des Landes gekauft haben.

Der Brieffschreiber weiß nicht, ob diese drei Sklavenhändler, Samuel C. Ammanfon, Osman Kato und Nji Biki, für ihren Sklavenhandel bestraft worden sind. Osman Kato, der Wegemeister im Dienst der deutschen Regierung war, ist inzwischen verstorben, aber Samuel C. Ammanfon steht als Beamter in deutschen Diensten. Zur Zeit ist er auf der Station Bismarcksburg und hat ein Jahresgehalt von 1200 Mk. Er selbst nenne sich „Politischer Agent“ und jedenfalls, sagt der Brieffschreiber, ließe der Titel sich rechtfertigen, aber es müßte ihm der andere „Sklavenhändler“ hinzugefügt werden. Dann heißt es weiter:

Wenn nun der „Politische Agent“ in deutschen Diensten Samuel C. Ammanfon dafür, daß er Sklaven gekauft hat, nicht bestraft worden ist, wird er dafür bestraft werden? Wenn jemals ein Vergehen unter erschwerenden Umständen begangen worden ist, so sicher hier. Die Straße zwischen Kratje und Salaga war infolge kriegerischer Verwickelungen gesperrt. Infolge des Gefandienrechts, das hier überall in Achtung gehalten wird, durften Samuel C. Ammanfon und Genossen diese gesperrte Straße ungehindert ziehen, ohne befürchten zu müssen, ausgeraubt, ja nur belästigt zu werden. Das Vertrauen, das die Regierung in sie setzte, indem sie dieselben zu einer politischen Mission verwendete, haben sie in schamloser Weise mißbraucht, indem sie anstatt heimzukehren, sobald sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, gemächlich einen Monat lang in Kpembé und Salaga ihren privaten Handelsgeschäften nachgingen und nicht nur erlaubte Waren, sondern auch Sklaven kauften.

Es wird interessant sein, zu beobachten, was die Regierung von Togo nun mit ihrem „politischen Agenten“ Samuel C. Ammanfon machen wird.

Was den Sklavenhandel in Togo im allgemeinen betrifft, so hat sich tatsächlich in den letzten zwei Jahren nichts Wesentliches geändert. Nach wie vor werden Sklaven nach der Togo-Küste gebracht und dort verkauft. Vielleicht hat man den einen oder anderen Sklavenhändler gefaßt und bestraft, ich kann es nicht bestimmt sagen. Ein Bekannter von mir sollte verhaftet werden, entzog sich der Festnahme aber durch nächtliche Flucht.

Zwei charakteristische Äußerungen von Eingeborenen, die mir auf direkte Fragen, ob die Deutschen jetzt den Sklavenhandel an der Togo-Küste verhindern, vor wenigen Tagen in Kratje gegeben wurden, mögen diesen Aufsatz schließen. Die Leute von Lina (Togo), sagten der eine, ein Wuhammedianer, wollen nicht, daß keine Leute Sklaven nach der Küste bringen, aber die großen können es nach wie vor thun. „They (die Deutschen)“, sagte der andere, der sich mit der Hoffnung schmiedelt, so oder so von der Togo-Regierung in Dienst genommen zu werden.

Man hat aus den deutschen Kolonien ja schon manche ähnliche Dinge gehört, — wir erinnern an Leist, an die neulich von der Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlichten Aktenstücke etc. Deshalb werden auch die obigen Mitteilungen über von Angestellten der deutschen Regierung betriebenen Sklavenhandel nicht besonders überraschen. Aber bei diesen sich immer wiederholenden Beweisen dafür, daß in Afrika — wie die Potsdamer Richter im Leist-Prozess sich ausdrückten — andere Moralbegriffe herrschen als bei uns, spreche man uns nur nicht immer von den civilisatorischen Gründen und Erfolgen der deutschen Kolonialpolitik. Wie schreibt Herr Krause: „Nach wie vor werden Sklaven nach der Togo-Küste gebracht und verkauft!“ —

Manifest der sozialistischen Gruppe der französischen Kammer.

Es sind kaum 24 Stunden ins Land gegangen, seit das schwachvolle Botum der Kammer in Angelegenheit Gerauld Richards, des neuen Abgeordneten von Paris, erfolgt ist, und schon erhebt sich eine Bewegung im Lande, die nur höchstens jene überraschen kann, die den revolutionären Geist des arbeitenden Frankreich nicht kennen und die da wähnten, daß sich das Proletariat seine schärfste und leicht loyalste Waffe im Kampf um seine Emanzipation, das allgemeine Stimmrecht, ruhig entwinden lassen werde. Neben den vielen Protestmeetings, die bereits von allen Seiten angekündigt werden, tritt ganz besonders das Manifest der sozialistischen Kammergruppe hervor, das wir wegen seiner Wichtigkeit in diesem von Perrier heraufbeschworenen Kampfe, der nur mit dem bekannten: „Se soumette ou se démette“ — sich unterwerfen oder abtanzen — enden kann, hier vollinhaltlich wiedergeben. Dasselbe lautet:

Bürger! Der Präsident Perrier, der Minister Dupuy und die Abgeordneten der Majorität haben soeben gegen das allgemeine Stimmrecht, gegen das Wahlrecht der ganzen Nation ein Attentat sondergleichen verübt. Was weder der Kaiser gewagt noch der Minister von Fourmies, das hat der König von Anzin, der zum König der Republik geworden, von der servilsten aller Majoritäten erlangt. Servil ist sie für immer und aus zwei Gründen. Sie ist es, weil die Furcht vor dem wachsenden Sozialismus sie wahnsinnig macht und sie verteidigungslos den Kalkülanten und Merikalen überliefert. Sie ist es, weil ihre einflussreichsten Abgeordneten seit 15 Jahren in allen faulen Beschäften kompromittiert, der herrschenden Gewalt preisgegeben sind, die gegen sie mit deren Doffiers bewaffnet ist und sie jederzeit der Justiz überliefern kann. Unter dieser Drohung, ebenso entbehrend für den, der sie gebraucht, wie für die, die sie erleiden, hat der Präsident Perrier die Abgeordneten seiner Majorität heugen gemacht. Sie haben verstanden. Entweder Sainte Pelagie für Gerauld Richard oder Mazas für sie; das Botum war nicht mehr zweifelhaft. So ergänzt in unserer zu Ende

gehenden Gesellschaft, wo alle Laster sich notwendig einander erzeugen, die politische Expression des Präsidenten Perrier die finanzielle der Regierungsjournalisten. Aber wie blind sind die Emporkömmlinge der opportunistischen Republik, wenn sie wähnen, daß das Land all diese Intriguen und all diese Schändlichkeiten nicht entwirren wird! Wie blind, wenn sie nicht die sichern Folgen des Botums sehen, das sie soeben gegen die nationale Souveränität abgegeben. Sie haben es für geschickt gehalten, die sozialistische Partei zu dezimieren. Aber die Majorität vergißt, daß sie, indem sie die Rechte der Kammer schmälert, selber die ersten Lücken in die Gesetzlichkeit bricht, die sie noch schützt. Und ganz besonders macht sie die sozialistische wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats, sondern auch zum Hüter der öffentlichen Freiheiten und zum Verteidiger des allgemeinen Stimmrechtes. Unserer aller Aufgabe, Bürger, wächst in dem Maße, als unsere Gegner die Prinzipien der Republik selber verlassen. Es genügt nicht, eine neue und gerechtere Gesellschaft vorzubereiten, wir müssen in diesem harten Kampfe gegen die kapitalistische Ordnung auch noch die durch die Kompromisse mit der Kirche bedrohten weltlichen Freiheiten retten, sowie die in der Person Gerauld Richards bedrohte und eingekerkerte nationale Souveränität. Mit der doppelten Macht der sozialistischen Idee werden wir in den Kampf treten. Bei jeder Gelegenheit im Parlament werden wir gegen die Gefangenhaltung Gerauld Richards protestieren. Bei jeder Gelegenheit im Lande werdet Ihr auch protestieren. Die sozialistische Partei muß sich überall durch Kandidaturen betätigen, selbst da, wo sie keine unmittelbare Gewißheit des Erfolges hat. Und überall muß sie dem allgemeinen Stimmrecht mit dem wirtschaftlichen Programm des Sozialismus die Befreiung des willkürlich gefangenen Abgeordneten vorschlagen, d. h. die Befreiung und Vollziehung des allgemeinen Stimmrechtes selbst. Es lebe die soziale Republik! Es lebe das allgemeine Stimmrecht!

Wie verlautet, trägt sich die Regierung mit der Absicht, die Unterzeichner dieses Manifestes in den Anklagezustand zu versetzen. Die von ihr entfachte Bewegung scheint ihr in diesem Falle noch immer nicht zu genügen. Oder hofft sie etwa die Sozialisten zu unbesonnenen Schritten zu bringen? Dann macht sie die Rechnung ohne den Wirt. Denn diesen Gefallen werden sie den Panamisten und deren Schutzherrn nicht erweisen. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht.) Verhandelt wird gegen den Generalagenten Ulrich von P. zu Hannover wegen wesentlichen Meineides. Die Beweisaufnahme belastete den Angeklagten derart, daß die Geschworenen zwar die Schuldfrage wegen wesentlichen Meineides verneinten, solche aber wegen fahrlässigen Falscheides bejahten. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis. —

§ Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Schreiber W. war in der hiesigen Filiale der Firma Dschmann-Halle (Herausgeber des hiesigen neuen Adreßbuches) als Schreiber angestellt. Beim Engagement war kein Lohn vereinbart, wohl aber eine zehnstündige Arbeitszeit. Da das Adreßbuch aber rechtzeitig erscheinen sollte, mußte der pp. seine Arbeitszeit bis auf 12 Stunden verlängern. Seine Arbeitsdauer währte 49 Tage, in denen er 14 Ueberstunden machte, ohne dafür entsprechend entschädigt zu werden. Außerdem hatte er für seinen „Brotgeber“ noch einen Handrollwagen leihen müssen und die Leihgebühren von 2 50 Mark aus seiner Tasche bezahlen müssen. Während der Dauer seines Arbeitsverhältnisses hatte W. von seinem verdienten Lohne nur 20 Mark erhalten, das übrige sollte er nach Fertigstellung des Adreßbuches erhalten. Das Fehlende wollte ihm die „wohlmeinende“ Firma sparen. Da W. verheiratet ist und vor seiner Beschäftigung bei der Firma D. lange arbeitslos war, wagte er es nicht, auf Auszahlung des Geldes zu dringen, übte mit seiner Familie lieber Hunger. Als nun das Adreßbuch fertig gestellt war und W. seiner Entlassung entgegen ging, kam auch die Abrechnung. Die Firma zahlte ihm pro Tag 2 Mark aus, für die unter Mittag geleistete Arbeit gar nichts (er hatte 2 Stunden Mittagspause, von welchen er eine im Interesse des Arbeitgebers opferte) und die 14 Ueberstunden wurden entsprechend dem Tagelohn bezahlt; er erhielt ganze 2 80 Mark. W. erhielt insgesamt, abzüglich der 20 Mark, 80,30 Mark. Damit ist er nicht zufrieden und klagt auf rückständigen Lohn. Er fordert einen Tagelohn von 3 Mk., Besserbezahlung der Ueberstunden und Rückerstattung des Leihgeldes für den Wagen; zusammen will er haben 133 Mark. Der als Bevollmächtigter der Firma erscheinende Buchhalter E. will von Vereinbarungen nichts wissen, erkannte aber die von W. geleistete Arbeitszeit, sowie der Forderung des Leihgeldes an. Den geforderten Lohn hält er aber für zu hoch und beantragt, als Grundlage nur den ortsüblichen Tagelohn zu nehmen. Durch Vermittlung des Gewerbegerichts einigten sich die Parteien dahin: Die Firma D. zahlt dem W. 100 Mark aus und trägt die Kosten des Verfahrens. Der Kläger verzichtet auf seine Mehrforderung. So entsteht der billige Preis eines Buches. [Sch.]

§ Dresden. (Die bewaffnete Macht beleidigt.) Wegen Beleidigung der bewaffneten Macht ist in Dresden ein Arbeiter zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, als er bei dem Vorbeiziehen eines Trupps von etwa 60 Soldaten, irgend eine Melodie pfeifend, denselben zugerufen: Pfeift doch mal den Sozialistenmarsch. Und eine so hohe Strafe ohne Umsturzgesetz. —

§ Gnesen. (Von den Edelsten.) Das hiesige Schwurgericht hat unter Ausschluß der Öffentlichkeit das Dienstmädchen Piechoka wegen Meineides zu anderthalb Jahren Zuchthaus und den Rittergutsbesitzer v. Keltich und dessen Wirtschafts-Inspektor Streich in derselben Affaire wegen Verleitung zum Meineid zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Meineid war geleistet in einem gegen Frau v. Keltich geführten Ehescheidungsprozeß. —

Zeichen der Zeit.

Selbst zur Verhaftung gestellt. Der Rückstrom der Arbeitslosen aus Berlin macht sich in den Vororten recht bemerkbar. Aus Mindeberg wird gemeldet, daß sich aus Berlin kommende Arbeitslose selbst zur Verhaftung wegen Bettelns oder Landstreichens melden, nur um ein Unterkommen zu finden. —

Um sich ein Unterkommen im Gefängnis zu verschaffen, hat der Arbeiter Wilhelm Krause zu dem Mittel gegriffen, auf offener Straße eine Majestätsbeleidigung auszustoßen. Seine Absicht, wenigstens bis zum Eintritt der warmen Jahreszeit versorgt zu sein, hat er erreicht, denn die vierte Strafkammer des Landgerichts I Berlin verurteilte ihn gestern zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. —

RT. Riefstädt. (Ausbeutung) Wie rücksichtslos manche Leute die Not der Arbeitslosen auszunutzen trachten, beweist der Umstand, daß ein hiesiger Landwirt einem bei ihm ansprechenden „Fechbruder“ zumute, für die „ganze Kost und 50 Pfg. pro Tag“ bei ihm in Arbeit zu treten, d. h. den ganzen Tag Holz zu spalten. Er erhielt die treffende Antwort: „Sie sind wohl nicht recht klug, lieber Mann, kommen Sie mit mir „auf die Walze“, für diesen Lohn können Sie mein Bündel tragen.“ sprach und wandte dem verblüfften Manne Holz den Rücken zu.

Vermischtes.

Der „alte Döbler“ tot. Wie unser Schwesterorgan, die Leipz. Volksztg. meldet, ist am Donnerstag morgen in Leipzig der Kriminal-Oberwachmeister a. D. Johann Gottlieb Döbler im 75. Lebensjahre gestorben. Bei Nennung seines Namens werden in Tausenden unserer älteren Genossen Erinnerungen an die sozialistengesellschaftliche Zeit erwachen, während der der „alte Döbler“ sich fast ausschließlich mit der Ueberwachung der sozialdemokratischen Bewegung am Orte befaßte. Manche Episode aus vergangener Zeit tritt den Genossen wieder vor das geistige Auge, die trotz des heiligen Ernstes unseres Kampfes des humoristischen Anstrichs nicht entbehrt, für den unartiger Freilandsarten „Hofordere“ er „unserer Genossen im Laufe der Zeit auf die Polizeiwachen oder ins Gefängnis. Um so lebhafter entsinnen sich jedoch unsere Genossen der Fälle, in denen es ihnen gelungen, den gewandten Beamten zu dupieren. Einen gerabezu unheimlichen Eindruck aber machte der Beamte, der im Volksmunde den Beinamen „Grünauge“ führte, wenn er sich den thätigsten unserer Genossen damaliger Zeit mit den Ausweisungsbekreten nahte, durch die sie von Frau und Kind, aus ihrem ganzen Wirkungskreise hinaus, in die Fremde vertrieben wurden. Aller Eifer des „alten Döbler“ und seiner Oberen aber vermochte es nicht zu verhindern, daß die sozialdemokratische Bewegung trotz aller Verfolgungen, Ausweisungen und Gefängnisstrafen immer tiefere Wurzeln schlug und sich ausbreitete. Döbler persönlich mußte, da er teilweise gelähmt war, den Kampf gegen die Hydra Sozialdemokratie aufgeben, seit 7—8 Jahren lebte er im wohlverdienten Ruhestande. Und heute, wo der Alte auf der Totenbahre liegt, steht die Leipziger Sozialdemokratie, wie überall, mächtiger und geschlossener denn je, so daß die Reaktion von neuem daran ist, neue Unterdrückungspläne gegen sie zu schmieden. Wie den „alten Döbler“ wird die Sozialdemokratie auch die Träger neuer Zwangsgesetze überleben. Auch die bei unserm Genossen Alb. Schmidt vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden von dem „alten Döbler“ geleitet. —

Litteratur.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Expedition in Berlin SW., Deutz-Str. 2). Die Nr. 3 vom 17. Januar hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Caputius Sturz. — Die Unruh-D. b. d. im Reichstage. — Brief aus England. — Königsdank. — Die Wirtschaftspolitik des Vaterlandes. — Parteineuigkeiten. — Wie man uns behandelt. — Frauenrechtlerische Harmoniefeier. — Die Schweiz im Jahre 1894. — Brief aus Holland. — Unabhängige und Anarchisten. — Gewerkschaftliches. — Totenliste. — Litteratur. —

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieß Verlag) ist jochen das 16. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Anfang des Kampfes. — Der dritte Band des „Kapital“. Von Edward Bernstein. V. — Klein Epoll. Von Erich Schaitter. — Treitschkes „Deutsche Geschichte“. Von Franz Mehring II. — Litterarische Rundschau. — Notizen: Zum Zwiepsait zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz. — Zur Konzentration des Kapitals in der deutschen Textilindustrie. — Furleton: Die Schlacht der Nitroben. Von Edward Aveling. (Fortsetzung.) —

Briefkasten.

H. St. Wir werden die Sache event. für die Zeitung verwenden. Haben Sie bitte die Güte, und senden uns die künftigen gerichtlichen Entschiede noch zu. Gruß. —
E. M., Fernerleben. Wir können Ihnen nur mitteilen, daß unsere Partei sich mit Wahlenballen und Abenden nicht beschäftigt. Wenn Sie, bitte, in der gestrigen Beilage das Eingekandt unter „Stimmen aus dem Publikum“. —
W. S., Fernerleben. Sie sind verpflichtet, für Ihren Sohu aufzukommen. —
S. bei E. Sollten Sie mit dem Sektions-Vorsitzer einer Gewerbe-Inspektor oder -Rat meinen, dann ist Ihre Frage im bejahenden Sinne zu beantworten. —

Spezial-Reste-Kaufhaus
Breiteweg 10, 1 Tr.

Sanz außerordentlicher
Gelegenheitskauf
zu unerreicht billigen Preisen.

Spezial-Reste-Kaufhaus
Breiteweg 10, 1 Tr.

Neu eingetroffen

Grössten Spezial-Reste-Kaufhaus.

Für Konfirmation besonders empfohlen:

Anserordentlich große Posten Reste: reinwollene schwarz gemusterte Kleiderstoffe, 100 cm breit, hervorragende Muster-Neuheiten in Längen von 4-9 Mtr., à Mtr. 70 Pfg.

Schwarze reinwollene Kaschmirs, Loules, Cheviots, Diagonals, ausschließlich nur bewährte Fabrikate zu staunend billigen Preisen.

Anserordentlich große Posten Reste: farbige Kleiderstoffe, hervorragende Musternuheiten in Greizer, Gerarz, Glauchauer u. Ratfircher Fabrikaten.

Anserordentlich große Posten Reste: reinwollene Crépons in den schönsten Lichtfarben in Längen von 4-8 Mtr., à Meter 50 Pfg.

Täglich neue Eingänge von Fabrik-Resten in schwarzen und farbigen Seidenstoffen, Tuchen und Buckskins, sowie in sämtlichen Leinen- und Baumwoll-Waren.

Preise streng fest. Jeder Rest ist mit festem Verkaufspreis versehen.

Jsidor Gabbe

Breiteweg 10, 1 Tr.,

neben der
Magdeburger Feuerversicherung.

Spezial-Reste-Kaufhaus
Breiteweg 10, 1 Tr.

Spezial-Reste-Kaufhaus
Breiteweg 10, 1 Tr.

Flomen
das Pfund 60 Pfg.

M. Lehnhardt

Br. Weg 113. Fernsprecher 828.

Feinste Molkerei-Butter
das Pfund 1 Mk.

Allerfeinste Sahnenbutter
das Pfd. 1.20 Mk.

M. Lehnhardt, Sudenbg.

Friedrichslust.

Heute Sonntag: Tanz-Musik.

Ergebenst ladet ein

W. Gens.

Redoute

Montag, den 4. Februar statt.

Zum weissen Hirsch

Heute Sonntag: Tanz.

Musik von einer neuen, gut besetzten Kapelle.

wozu ergebenst einladet

H. Meyer.

Zum weissen Hirsch.

Montag, den 4. Februar 1895

Grosse Redoute

in beiden herrlich decorierten Sälen.

Kassendruckung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Maskenbilletts sind in meinem Lokal zu haben. Zuschauers-
billetts à Person 0.50 Mk.

Ergebenst ladet ein

H. Meyer.

Neue Reste!

Reste!

Der Ausverkauf aller Reste hat begonnen und empfehle ich meinen werten Kunden, davon Gebrauch zu machen. Da ich nur gute Qualitäten führe und alle Reste aus meinem eigenen Geschäft stammen, kann ich selbst bei den auffallend billigen Preisen für ordentliche Ware garantieren. Während des Ausverkaufs werden auch die Bestände an feinen Modestoffen, um sie nicht mit in die beginnende neue Saison herüber zu nehmen, billig abgestoßen. Verkauf nur gegen bar, ohne Rabatt, zu festen Preisen. Proben von Resten werden nicht verabfolgt, aber jeder nicht passende Rest innerhalb zwei Tagen wieder zurückgenommen.

Carl Gottschalk.

Der Reste-Ausverkauf dauert diesmal nur kurze Zeit.

Geschäfts-Übernahme.

Hiermit beehre ich mich, einem geehrten Publikum von Neustadt die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich am heutigen Tage die

Restauration

des Herrn H. Grunow übernommen habe. Indem ich bitte, mir das Vertrauen, welches Sie dem Herrn Grunow geschenkt haben, auch auf mich übertragen zu wollen, zeichne ich

Hochachtungsvoll

August Matthies.

6/12

Buckau.

Buckau.

Thalia.

Heute Sonntag Tanz.

Ergebenst ladet ein

H. Brune.

Redoute

Sonnabend, den 26. Januar 1895

Zerbster Bierhalle

Heute Sonntag:

Oeffentlicher Tanz.

Hierzu ladet ergebenst ein

Franz Königstedt.

Zerbster Bierhalle.

Große Redoute am 24. Januar 1895.

Bei dieser Redoute empfehle ich meine

hochfeine Masken-Garderobe

in meinem Hause und abends im Lokale bei sehr soliden Preisen

W. Vollmar, Sudenburg, Schönningerstr. 27a.

Inventur-Ausverkauf.

Nach beendeter Inventur verkaufe sämtliche Wollwaren, als: Kapotten, Jagdwesten, Tücher u. a. W. 20 Proz. unter Preis. Hemdenbarchente, sowie fertige Hemden zu ermäßigten Preisen.

G. Odemar Nachf. A. Griese

Buckau | Thiemstrasse | Buckau.

Masken- u. Theater-Garderobe

von C. Thumann

nur Rotheckrebsstr. 3, nicht mehr Petersstr.

empfehle einem künftigen und auswärtigen Publikum ihr großes Lager von Kostümen und Derwischen zu den billigsten Preisen. Derwische von 50 Pfg. an. Versandt nach auswärt.

Nur Rotheckrebsstrasse 3.

Man kauft:

Kinder-Schuhe	von 0.40 M. an.
Kinder-Stiefel	1.20 " "
Damen-Filz-Wantoffel	0.38 " "
Damen-Filz-Schuhe	0.90 " "
Damen-Gummi-Heberschuhe	2.50 " "
Damen-Ball- und Brauttschuhe	2.00 " "
Damen-Leder-Stiefel	2.85 " "
Knaben-Stulpsstiefel	3.90 " "
Knaben-Turnschuhe	1.50 " "
Herren-Turnschuhe	2.00 " "
Herren-Strassen-Schuhe	3.50 " "
Herren-Leder-Stiefel	4.75 " "
Herren-Schaft-Stiefel	4.75 " "
Echt Elsäffer Holzschuhe	à Paar 2.30 M.

J. Rosenberg, Magdeburg, Bäckerstrasse.

Reste Buckskin u. Kleiderstoffe

Ballstoffe, Leinen- und Baumwollwaren.

ganz bedeutend unter Preis.

J. Kirstein

Br. Weg 181, 1 Tr.

Eingang Himmelreichstraße.

Der Sandbote

Unabhängiges Organ für die Interessen der Sandbewohner.

(Beilage zu Nr. 17 der Magdeburger „Volksstimme“.)

Der „Sandbote“ erscheint Sonntags als Beilage der Magdeburger „Volksstimme“.
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.
Verlag von H. Carlsbaum, Magdeburg-Neustadt.
Druck von V. Schmidt, Magdeburg.

Magdeburg,
20. Januar 1895.

Interesse für den „Sandboten“ müssen bis Freitag mittag aufgegeben werden.
Für den Inseratenteil verantwortlich: Carl Santau, Magdeburg.
Belegdruck Nr. 1567, 2. Unt. I.

für die Interessen der Sandbewohner.
enormen Leistungsfähigkeit vergrößert werden. Der Frack muß kommen. — Der Konsum nimmt eben nicht in dem Maße zu, wie man hofft — wenn nicht der liebe Gott hilft, daß er an anderen Stellen Mitteln eintritt läßt.
So der gottesfürchtig-dreiste Dinter, dessen frommer Wunsch nicht erläutert zu werden braucht. Nachdem der Stücker das Gebetswunder, mag es auch eine Fundunterstützung in sich schließen, zu den Aequivalenten des echten Gottesmannes erhoben hat, ist die Hilfe Gottes, die den Milbenjunkten durch Herbeiführung von Millionen auf den Konturrentenständen ihren Profit erhöht, ein neues, aber verständliches Inventarstück der praktischen Theologie. Aber untergräbt die Religion?

Aus Land und Stadt.

X. Seehausen, Nr. 28. (Sind wir aus der Sklaverei heraus?) Vor einigen Tagen bekam ich eine Kabitanen-Belung in die Hand und schante in deren Infernalität. Da ließ mir eine Angelse auf, die wie folgt lautete:
300 Oberweltliche Zübenmädcher zu viel angenommen; kann bis zum 1. April mit und ohne Aufseher, 4 Personen 2/4 abgeben. Dierren erblüht uho.

Wie ich das las, lag ich mich gleich: in das nicht ein Erlaubnisbandel? Man denke sich nur, der Mann hat 300 Mädchen auf seinem Lager und sucht sie nun zu verheiraten! Ist das ein deutsches Volkswunder? Nein! Und ganz recht können die armen Mädchen Kaufmänner, wenn sie sagen würden, ihrert Euch heim und schließt eist bei Euch den Erlaubnisbandel ab. — Aber die Sache, von einer andern Seite aus betrachtet, leht uns noch mehr, als die Erlaubnis, daß wir Ketten führen dürfen, wenn wir wollen. Bekanntlich liegen die Junker über ein Mangel an Arbeitskräfte. Nun leht Euch nur die Angelse an. Welche ein Wunderbruch mit der Klage! 300 Menschen hat da gleich ein einziger in seiner Warenüberlage und bietet sie aus wie Ware, die niemand haben will. Damit er sie aber los wird, leht er einen Preis fest, der billig, billig ist: 2 Mit. pro Stück! Das bezeugt doch sicher von der denkbar unehrenhaften Lage, in der sich der Mensch — und da er keine Kraft, leht er Arbeiter — befindet. Und so geht es dem gesamten Arbeiterstande. Durch die Arbeitslosigkeit und demüthigung der Arbeiter werden die Werten in die Lage gesetzt, mit dem Arbeiterstand Handel treiben und ihm einen winzigen Lohn geben zu können. Und so etwas wird gehen im Aufgange des 19. Jahrhunderts in einem Staate, der Religion, Gite und Ordnung schätzen will!

7. Westerküsten. (Religionszwang.) Trophem vor kurzer Zeit von Seiten der Regierung in Sachen des Religionszwangs von Dissidenten Kindern eine Entschuldigend geüht wurde, die dahin geht, daß die Kinder vom Religionsunterricht der Volksschule entbunden sind, ist doch schon wieder eine der Entschuldigend widersprechende Handlung zu verzeichnen. Kommt da eines Morgens der Schulinspektor in ein Klassenzimmer der hiesigen Schule, ruft zwei Kinder auf und beordert diese zu sich. Die Kinder thäten das. Vor dem Herrn Stelt gemacht, werden sie in einem nicht sonnen Zone angeteilt, und als eins der beiden Kinder eine Kleinigkeit des Herrn Rediger Buche wiedergab, wurde es logar geschlagen. Dann forderte der Herr Inspektor — denn das ist der Schulinspektor — den Lehrer auf, die Kinder zu unterst zu legen. Berner sagte er noch zu den ungeschulden Kindern, sie möchten den Religionsunterricht besuchen, widrigenfalls sie eine weitere Strafe zu erwarten hätten. Da die Eltern der Ansicht sind, daß das Handeln des Schulinspektors sehr unehrenhaftig ist, wollen sie den Beschwerdenweg beschreiten.

Anzeigen.

Die besten Engl. Federhosen
sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben liefert
G. Gense, Magdeburg
No. 14 Johannistadtstrasse No. 14
wobei dem „Willehalm-Becker“
Gegründet 1820. Gegründet 1820.

Ouwensfeld. Die Brautentführung findet jeden Donnerstag bei Strickfeldt statt.

„Der Sandbote“. Unabhängiges Organ für die Interessen der Sandbewohner.
schaltet und waltet, wo der Grundbesitz das Sandvolk zu einem im Wesentlichen proletarisch begründet hat, zeichnen sich daneben auch durch die hohe Zahl der Wehrpflichtverlegungen aus, schreibt unser Leipzig'iger Partikelblatt. Die Soldaten der Serientolonie scheinen die gerade nicht zu zeigen, die doch als Vaterlandler betende strengste Leute so beliebt sind. Statt durch Zwangsgehege den gesellschaftlichen Frieden zu gefährden, sollten die „Staats-erhaltenenden“ Mächte die Liebeshände, woraus Verbredchen erwächst, bekämpfen. Da giebt es Arbeit in Hülle und Fülle. Not und Bergehen sind eng verknüpft. So lange der geringe Eigenwill der Arbeiter die Arbeiterzustände auf einer kulturwidrigen Stufe hält, wird es nicht besser werden. Ist es mensichlich, daß 4. B. in Schlefien, wo die Magnaten der Gruben, der Pöhlen und der Sandwirtschaft kaufen, der ortsübliche Tagelohn im Kreise Mittelschicht für Männer 86, für Frauen 50 Pfennige beträgt? In den Kreisen Franckenstein, Delis, Altpommern beläuft sich der Tagelohn für Männer auf 40, der für Frauen auf 60 Pfennige. Warum bekämpft Herr Niederding samt seinen Auftragsgebern nicht diesen Umfurch aller Weistung, aller Zivilisation, aller Menschlichkeit? Aber die „Edelsten und Besten“ triumphierten heute. West dieser Tage hat der konservativ-trumphter heute. West hoch, auf der letzten Generalversammlung des ostpreussischen konservativen Vereins den Anspruch gethan: „Zu meiner Freude kann ich aus den Wahrnehmungen, die ich jetzt in Berlin gemacht habe, die Hoffnung schöpfen, daß die jetzigen leitenden Männer es nicht zu vergessen scheinen, daß eine selbstbewußte Regierung nur Hand in Hand mit der konservativen Partei zum Wohle des deutschen Volkes wirken kann. Ich habe damit die Hoffnung, daß die konservative Partei wieder in die Stellung einrückend wird, die sie in den Jahren von 1878 bis 1890 innegehabt hat.“ Und die Post meldet, daß der Kaiser neuerdings einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft und Vorschläge eingefordert habe, wie eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft herbeizuführen sei. Es sei eine erhebliche Erhöhung des Dispositionsfonds des Landwirtschaftsministeriums für den nächsten Etat vorgesehen. Also neue Miethgaben für die Rebellen von 1892—1894 im Reich und in Preußen! Die Saat geht auf, und die Ernte wird nicht auf sich warten lassen.

Interessante Krömmigkeit.

Die Krömmigkeit ist eine schöne Sache, und die Junker wissen sich mit Grotteligkeit nicht wenig zu brüsten. Vor uns liegt der geographische Bericht der Verhandlungen des königlichen Landes-Deponie-Kollegiums vom 1. bis 3. März 1894 (I. Session der VI. Sitzungperiode. Berlin 1894). In dieser amtlichen Körperlichkeit des preussischen Staates haben die von den Organisationen der Agrarier, den landwirtschaftlichen Central-Vereinen gewählten Mitglieder, durchgängig adlige und bürgerliche Rittergutsbesitzer zusammen mit den Baufragnen des Landwirtschaftsministeriums. Das Kollegium ist eine beratende Körperlichkeit, die von der Regierung zu Gutachten über agrarpolitische Fragen berufen wird. Wie die Entscheidungen des Landes-Deponie-Kollegiums ausfallen, läßt sich bei der jüngsten Zusammenstellung erraten.
Am 2. März 1894 verhandelte das Landes-Deponie-Kollegium, zu dessen Sitzung der Kaiser erschienen war, über die Zuckerverfrage. Der Rittergutsbesitzer Mittmeister v. Armin auf Wiltberg bei Strasburg (Liebermann) führte in dieser Sitzung u. a. folgendes aus (Verhandlungen S. 176):
„Ich sehe große Gefahren für die Zukunft; ich weiß nicht, wozin es führen soll, wenn die Fabriken zu solcher

Welcher Staat der Welt hat jemals so viel für seine Arbeiter gethan?

Mit dieser Frage schließen bürgerliche Blätter einen längern Artikel, in welchem der Sozialdemokratie ganz gehöbig der Text gelesen, die große „Sozialreform“ aber über die Puffschur gepriesen wird. Sie sind zunächst über das mannhafte Auftreten unserer Genossen im Reichstage ganz entsetzt und meinen, daß, wenn unsere Genossen im Reichstage „noch einen deutschen Schritt“ weiter gingen, wir dann in tausenden Jahre „an den Rand der sozialistischen Revolution kämen.“
Wrrrr! Dem Urheber jenes Artikels ist bei diesem Gedanken doch sicher eine Gänsehaut übergelaufen und der ordnungsparteitliche Federfidel aus der Hand gefallen. Er schreibt dann weiter:

„Wenn dann der gegenwärtige Staat in die Notwendigkeit verlegt werden sollte, das Vaterland und die Verfassung, die Religion und die Kultur, die Familie und das Privateigentum zu verteidigen, und zwar mit Machtmitteln zu beschirmen, welche als fürchtbar erscheinen müssen, so muß der bestehende Staat und seine Anhänger prüfen, ob er seine Pflicht gegenüber den Bedrängten und Hilflosen gethan und sich mit gutem Gewissen gegen die Sozialdemagogen wenden kann.“

Wenn also unsere Genossen im Reichstage noch einen deutlichen Schritt weiter gehen, dann muß der Vaterland zu fürchtbaren Machtmitteln greifen, um unsere Genossen Nation beizubringen — pardon, um Vaterland, Verfassung, Kultur, Familie, Religion und Privateigentum zu „beschirmen“. Die 43 Sozialdemokraten, die im Reichstage sind — die übrigen drei müssen gegenwärtig eine längere Freiheitsstrafe abdrücken zum Puzeln, sobald sie noch herrliche Wirtschaftskrisen zum Zugehen, sobald sie noch einen deutlichen Schritt weiter gehen. Muß unsere göttliche Weltordnung aber auf wackeligen Füßen stehen!

Die polizeiwidrige Unwissenheit, daß von der Sozialdemokratie das Vaterland, die Verfassung, die Religion, die Kultur, die Familie und das Privateigentum bedroht sind, darf uns bei den bürgerlichen Blättern weiter nicht wundern. Diese dummen Behauptungen zu widerlegen, erübrigt sich aber, da fast jeder Schulbube weiß, daß die Sozialdemokratie von solchen Bestrebungen weit entfernt ist. Kann denn nun der bestehende Staat mit gutem Gewissen unsere Genossen gegenüber zu den „fürchtbaren Machtmitteln“ greifen? Selbstverständlich! Denn die Sozialdemokratie hat ja überhaupt noch nichts geleistet; man hat noch nicht gehört, daß die Sozialdemokratie Arbeiterheime, Arbeiterbildungsstätten oder ähnliche humane Einrichtungen für die Bedrängten im Lande geschaffen hätte. Wohl hat aber die Sozial-

demokratie durch ihre andauernden Forderungen und die Forderung, daß alle Güter verstaatlicht und alle Erträge gleichmäßig an alle Menschen verteilt und in einer sehr großen Anzahl Fabriken und sonstigen Arbeitsstätten das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer in abzurückter Weise verbessert.“
Bei dem Lesen dieser Zeilen steigt in uns der schwarze Verdacht auf, sie könnten am Ende in der Schwärze und zwar zu schon vorgerückter Stunde, geschrieben worden sein, denn sonst könnte nach unserm Dafürhalten der Verfasser unmöglich der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, daß sie keine „Arbeiterheime“, keine „Arbeiterbildungsstätten“, geschaffen habe. Wer ist denn daran schuld, daß solches nicht geschieht? Ist es nicht der Vater Staat und die herrschende Klasse? Kaufen nicht die von Sozialdemokraten gegründeten Vereine Gefahr, auf gelöst und ihr Vermögen konfiszirt zu werden? Hat man nicht Jahre lang alle Vereine der Sozialdemokratie mit brutaler Faust unterdrückt mit Hilfe jenes infamen Gesetzes, das sich angeblich gegen die „gemeinwärtigen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie, in Wirklichkeit aber gegen die gesamten Arbeiter richtete? Doch dies Alles brauchen ja die Reaktions-Organen nicht zu wissen!

Und nun gar erst diese dumme Behauptung von den „Forderungen“ und den „Forderungen, daß alle Güter verstaatlicht und alle Erträge gleichmäßig an alle Menschen verteilt werden müssen!“ Wahrlich, der Verfasser muß weniger vom Sozialismus verstehen, wie der Esel vom Lautenschlagen!

Auf die fernere Behauptung einzugehen, nämlich, daß aus den Tathen der Arbeiter teils direkt in die Parteikassen, teils in die Kassen der sozialdemokratischen Presse und Buchhandlungen jährlich ungefähr fünf Millionen Mark fließen“, einzugehen, erübrigt sich; dagegen wollen wir uns noch einen Augenblick mit dem beschäftigen, was die Wurfblätter über die „soziale Reformpartei“ sagen.

Damals wäre statistisch festgestellt: „daß die Unfallversicherung von 1886 bis 1894 an Prämien an verunglückte Arbeiter über 150 Mill. Mark bezahlt hat; ferner haben die Krankenkassen an Unterstützung und Pensions an kranke Arbeiter vom Jahre 1888 bis 1894 die Summe von 820 Millionen Mark bezahlt, und die seit dem Jahre 1891 bestehende Alters- und Invaliden-Versicherung hat circa 340 Millionen Mark aufgebracht. Rechnen wir nun von allen drei Versicherungen die Beiträge ab, welche die Arbeiter selbst leisten müssen, so haben der angefeindete Staat und die von der Sozialdemokratie als „faul“ bezeichnete Gesellschaft seit 1886 die Summe von 774 Millionen Mark zu Gunsten der Arbeiter bezahlt.“

Hier ist den Stürken ein Millionen-Vertrauen unterlaufen; daß sie absehbare, wider besseres Wissen, nur aus ordnungsgemäßer Arbeit, die Böhnen gestiftet haben, wollen...

Die Stürker für Wohlthätigkeits- und Altersversicherung sind aufgebracht in den Jahren 1891, 1892 und 1893...

Es sollen wir nun aber wissen, was der Vater Staat und die von uns als „faul“ bezeichnete Gesellschaft von 1886 bis einschließlich 1894 zu Gunsten der Arbeiter...

In Bezug zu bringen zum 113 Millionen, welche ausschließlich von Arbeitern herrühren, die eher emgehobenen oder landbesitzlichen Gütern angehöhen...

Über auch selbst wenn wir annehmen, daß nicht nur die Stürker, sondern die Arbeiter zu Gunsten der Arbeiter...

Table with 2 columns: Year, Amount. 1891: 194 Millionen M.R., 1892: 225 Millionen M.R., 1893: 178,5 Millionen M.R.

Es soll aber diese Summe bedeuten gegenüber den Tausenden von Millionen, welche die gelübten Arbeiter...

Und die von den Unternehmern gezahlten Summen sind nur ein Teil des den Arbeitern vorzuzuzahlenden...

Es ist, das ist auch etwas ganz anderes! Während man im Reichstage eifrig bemüht ist, neue Steuern für das „berühmte“ arbeitende Volk...

Was die Steuern vom Zentrum halten. Zu der Eigenschaft hat gegeben die Vermehrung der Steuern...

Die Theorie und Praxis. Die Theorie und Praxis der Besteuerung...

Zur Frage der Landarbeit. Die Theorie und Praxis der Landarbeit...

Die Theorie und Praxis. Die Theorie und Praxis der Besteuerung...

Zur Frage der Landarbeit. Die Theorie und Praxis der Landarbeit...

Die Theorie und Praxis. Die Theorie und Praxis der Besteuerung...

Zur Frage der Landarbeit. Die Theorie und Praxis der Landarbeit...